



Unvergessen

Gedenkstunde zum 68. Jahrestag des
Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR

Unvergessen

Eine Dokumentation zur Gedenkstunde
im Abgeordnetenhaus von Berlin zum 68. Jahrestag des
Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR

Titelbild: Beim Volksaufstand vom 17. Juni 1953 gehen Demonstrierende
mit wehenden Fahnen durch das Brandenburger Tor

Inhalt

Zur Einführung	4
Der unterdrückte Volksaufstand Marika Rosch	
Ansprache	8
Der Beginn der osteuropäischen Protestbewegung Ralf Wieland, Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin	
Ansprache	12
Die Erinnerung lebendig halten Tom Sello, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	
Videomitschnitt der Gedenkstunde (DGS)	27
Gedenkstätte	28
Das Bodendenkmal vor dem Sitz des Bundesfinanzministeriums in Berlin Marika Rosch	
Gedenkstätte	32
Mahnmal auf dem Berliner Urnenfriedhof an der Seestraße Marika Rosch	
Impressum	36

Zur Einführung

Der unterdrückte Volksaufstand

Marika Rosch

Mutig traten am 17. Juni 1953 über eine Million Menschen in Ostdeutschland auf die Straßen, um gegen das SED-Regime der DDR zu protestieren. An diesem Tag standen Jung und Alt, Männer und Frauen, Arbeiter und Intellektuelle gemeinsam für den Rücktritt der SED-Regierung, für freie Wahlen und für ein geeintes Deutschland ein. Die blutige Niederschlagung dieses Volksaufstandes kostete über 55 Menschen das Leben – mehrere tausend wurden inhaftiert.

Wie es zum Volksaufstand kam

Der Ruck, der am 17. Juni 1953 durch die Bevölkerung Ostdeutschlands ging, erfolgte nicht grundlos. Bereits im Vorjahr beschloss die



17. Juni 1953: Arbeiter und Arbeiterinnen begeben sich zu einer Kundgebung

SED-Regierung den “planmäßigen Aufbau des Sozialismus”, der jedoch gänzlich auf dem Rücken des Volkes ausge tragen wurde: Überall fehlte es an Geld, die Versorgungslage verschärfte sich zusehends, und Güter für den alltäglichen Bedarf wurden knapp. Eine Enteignungs- und Kollektivierungswelle rollte über das Land. Wer es wagte, sich dagegen zu stellen, wurde inhaftiert – zusammen mit vielen anderen Menschen, die der SED-Regierung ein Dorn im Auge waren. Viele flohen daraufhin in den Westen.

Anfang 1953 war die ökonomische Lage der breiten Bevölkerung in der DDR derart schlecht, dass die SED-Regierung nur einen Ausweg sah: Durch die Erhöhung der Normen in den Betrieben sollte mehr produziert werden – bei geringeren Kosten. Der selbständigen Mittelschicht wurden die Lebensmittelkarten entzogen, sodass etwa zwei Millionen Menschen kaum noch legal einkaufen gehen konnten. Im gleichen Zug wurden die Preise für Lebensmittel stark erhöht. Der Unmut war nun in allen Bevölkerungsschichten so groß, dass die SED zu einem Kurswechsel gezwungen war. Das Politbüro versprach, einige Maßnahmen zum Aufbau des Sozialismus wieder rückgängig zu machen. Allerdings beinhaltete der neue Kurs weder die Rücknahme der Normerhöhungen noch die Wiederherstellung der Rechte für Bauern, Christen und Mittelständler, die zuvor ebenfalls deutlich beschnitten wurden.

Am 15. Juni legten Bauarbeiter in Ost-Berlin aus Protest gegen die Normerhöhung ihre Arbeit nieder. Am Folgetag streikten sie erneut, und es formte sich ein Demonstrationszug, dem sich spontan tausende Ost-Berliner anschlossen. Den Demonstrierenden ging es nicht mehr allein um die Rücknahme der Normerhöhung, es ging um viel mehr. Sie riefen zum Generalstreik für den 17. Juni auf. Nachdem der West-Radiosender RIAS Berlin über die Ereignisse in Ost-Berlin und die Forderungen der Demonstrierenden berichtete, erreichten die Geschehnisse auch die gesamte DDR-Bevölkerung.



DEWAG-Werbung in der DDR: Plakat von 1952

Der 17. Juni 1953

An diesem Tag wurde auf Baustellen, in Großbetrieben, Handwerksbetrieben und in Einzelhandelsunternehmen gestreikt. Riesige Menschenmassen zogen durch Ost- und West-Berlin und forderten den Rücktritt der Regierung, freie Wahlen und die Einheit Deutschlands. Während in der gesamten DDR an über 700 Orten gestreikt wurde, eskalierte die Situation vor allem in Ost-Berlin. Es kam zu zahlreichen Auseinandersetzungen und Ausschreitungen mit der Volkspolizei, zu Schlägereien mit SED-Funktionären, zur Erstürmung von Gebäuden und Demolierung von Einrichtungen. Jugendliche entfernten die rote Fahne vom Brandenburger Tor und zerrissen sie vor den Augen russischer Soldaten. Das Columbushaus am Potsdamer Platz wurde in Brand gesetzt.

Das Regime reagierte und ließ Panzer über die Straßen Ost-Berlins rollen. Sowjetische Truppen eröffneten das Feuer auf Demonstrierende



Nach dem Sturm auf die Volkspolizei-Unterkunft werden Akten und ein Stalinbild verbrannt

und Zuschauer/-innen. Es kam zu zahlreichen Toten und Verletzten. Der Westen griff nicht ein, und die Stimmen der Demonstrierenden verstummten allmählich. Der spontane Aufstand war gescheitert. Insgesamt verloren an diesem und an den Tagen danach über 55 Menschen ihr Leben, darunter auch viele Jugendliche. Allein 34 Demonstrierende, Passant/-innen und Zuschauer/-innen wurden durch Waffengewalt der Volkspolizei und sowjetischer Soldaten getötet. Tausende Menschen wurden inhaftiert.

Die Demonstrant/-innen des 17. Juni 1953 waren die ersten, die es in Osteuropa gewagt hatten, sich gegen das kommunistische System zu stellen. Der 17. Juni wurde in Westdeutschland zum Feiertag, während die Erinnerung an diesen Tag im Osten so gut es ging verwischt wurde. Doch bei diesem Volksaufstand ging es nicht allein um die Wut auf das SED-Regime, die Missstände und die chronische Unterversorgung der Bevölkerung. Es ging auch um die Sehnsucht nach Freiheit, einem geeinten Deutschland, nach Recht und Demokratie – die Sehnsucht eines Volkes, die schließlich Jahrzehnte später die SED-Regierung zu Fall bringen sollte.

Es ging auch um die Sehnsucht nach Freiheit, einem geeinten Deutschland, nach Recht und Demokratie...

Quellen- und Literaturangaben:

Edda Ahrberg, Tobias Hollitzer, Hans-Hermann Hertle: Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. BpB, 17.05.2013, <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-aufstand-des-17-juni-1953/152604/die-toten-des-volksaufstandes>, abgerufen am 11. August 2021.

Burghard Ciesla, Hans-Hermann Hertle, Stefanie Wahl: Der 17. Juni in Berlin. BpB, 17.5.2013, <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-aufstand-des-17-juni-1953/152600/der-17-juni-in-berlin>, abgerufen am 11. August 2021.

Hans-Hermann Hertle: Der Weg in die Krise: Zur Vorgeschichte des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. BpB, 17.5.2013, <https://www.bpb.de/>

[geschichte/deutsche-geschichte/der-aufstand-des-17-juni-1953/154325/der-weg-in-die-krise](https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-aufstand-des-17-juni-1953/154325/der-weg-in-die-krise), abgerufen am 11. August 2021.

Guido Knopp: Der Aufstand des 17. Juni 1953, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, 1. Auflage 2003.

Michael Lemke: Der 17. Juni 1953 in der DDR-Geschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. BpB, 2. Juni 2003, <https://www.bpb.de/apuz/27599/der-17-juni-1953-in-der-ddr-geschichte>, abgerufen am 11. August 2021.

Gabriele Schnell, Stefanie Wahl: Der 17. Juni im Land. BpB, 17.05.2013, <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-aufstand-des-17-juni-1953/152602/der-17-juni-im-land>, abgerufen am 11. August 2021.

Der Beginn der osteuropäischen Protestbewegung

Ralf Wieland, Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin



Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, lieber Herr Sello, heute geht unser Blick für eine knappe Stunde zurück. Wir erinnern an den Aufstand der Frauen und Männer in der einstigen DDR, der sich rund um den 17. Juni 1953 ereignete. Und wir gedenken der Menschen, die diesen Tag und die Folgetage nicht überlebten, weil sie willkürlich erschossen oder zum Tode verurteilt wurden. Die traurige Bilanz damals: Über fünfzig Tote.

Meine Damen und Herren, Frauen und Männer in allen Teilen der DDR gingen am 16. und 17. Juni 1953 auf die Straße und demonstrierten gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED unter Walter Ulbricht. Was als friedliche Streikaktion begann, mündete sehr schnell in einen politischen Aufstand, der eine rasante Eigendynamik entfaltete und die sowjetische Besatzungsmacht in der DDR zu gewaltsamen Gegenmaßnahmen mobilisierte. Sowjetische Panzer fuhren auf als Zeichen der äußersten Gewaltbereitschaft gegenüber den Demonstrierenden. Der Machtapparat der SED-Diktatur hingegen war in dieser Situation wie gelähmt und nicht in der Lage, aus eigener Kraft den Aufstand zu unterbinden.

Was als Streikaktion begann, mündete in einen politischen Aufstand, der eine rasante Eigendynamik entfaltete (...).

Heute, mit dem Abstand von fast siebenzig Jahren sehen wir historisch, dass der sogenannte Volksaufstand vom 17. Juni 1953 der Anfang vom Ende der DDR war. Wir sehen aber auch, dass dieser Volksaufstand eine osteuropäische Protestbewegung gegen die Vorherrschaft der Sowjetunion in Gang setzte, die selbst die UdSSR am Ende implodieren ließ. Dafür steht der Aufstand in Ungarn 1956. Dafür steht die mutige Verteidigung des Prager Frühlings 1968. Dafür steht die Gründung der polnischen Freien Gewerkschaft Solidarność Anfang der 1980er Jahre. Und dafür steht zu guter Letzt die Friedliche Revolution von 1989, die in die deutsche Vereinigung von 1990 mündete.

Auch wenn die einzelnen Ereignisse für sich zu betrachten sind und sie auch einen jeweils spezifischen nationalen Impuls hatten – was sie verbindet, ist der antikommunistische und antisowjetische Charakter. Aber



17. Juni 1953: Ein Mann droht mit der Faust in die Richtung eines sowjetischen Panzers



Kundgebung am 17. Juni 1953 in West-Berlin auf dem Oranienplatz

auch die jeweilige nationale Selbstbestimmung der politischen Verhältnisse war zudem ein zentrales Anliegen der Demonstrierenden. Das wurde auch rund um den 17. Juni 1953 deutlich. So stand unverhohlen die Forderung nach der deutschen Wiedervereinigung im Raum – eine Wiedervereinigung



Friedliche Revolution von 1989

unter demokratischen Vorzeichen mit freien Wahlen. Allerdings: Dieses Postulat sollte dann erst mit der Friedlichen Revolution von 1989 erfüllt werden. Für mich ist dieser Vereinigungswunsch nach wie vor die elementare Brücke zwischen den Erhebungen von 1953 und 1989.

Meine Damen und Herren, bei den meisten Menschen in der DDR gab es also von Anfang an eine tiefe Sehnsucht nach nationaler Einheit in Freiheit. Diese Sehnsucht konnten SED und Staatssicherheit auch nach 1953 nie wirklich unterbinden, einfach weil Gefühle nicht überwacht und gesteuert werden können. Ein Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger – wie seit 1961 geschehen – einsperrt und im Zweifel auch auf der Flucht erschießt, mag Stärke symbolisieren und Angst verbreiten. Anerkennung, Respekt wird dieser Staat nie erlangen. Das hat die Geschichte gezeigt.

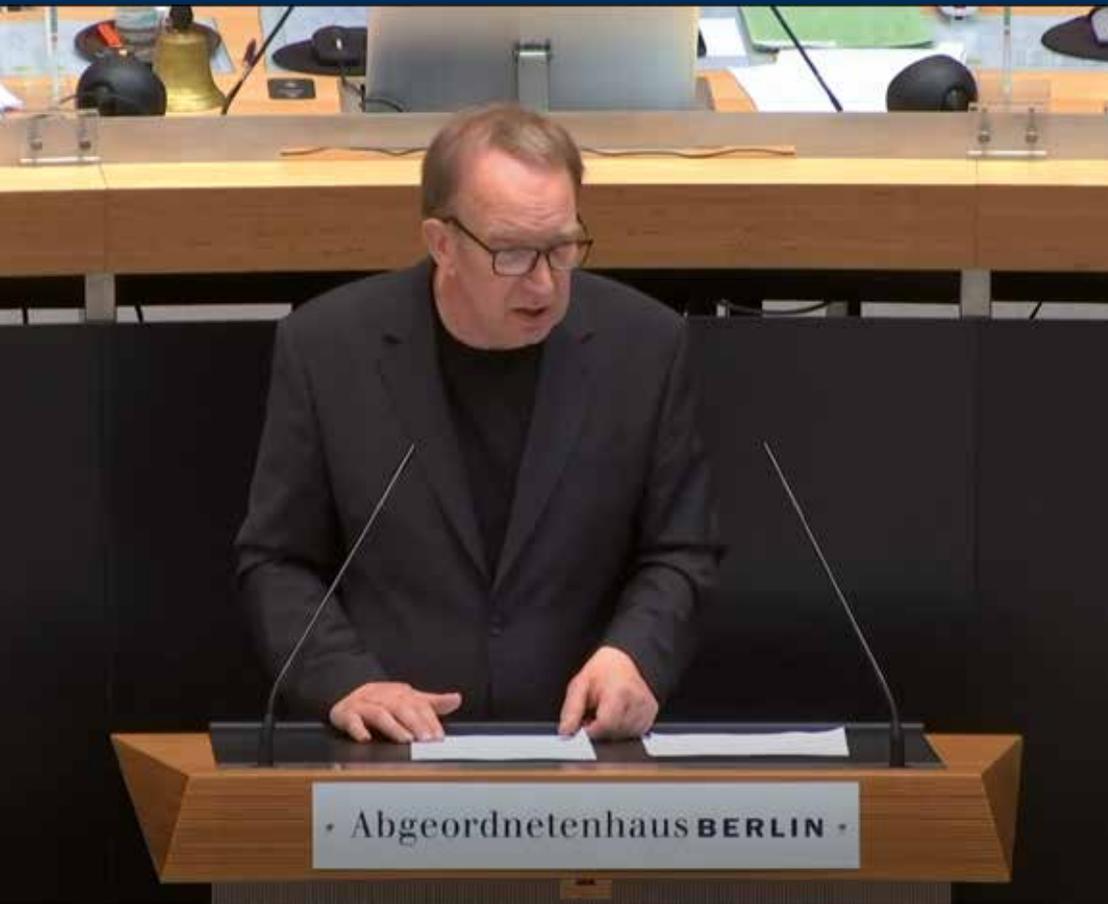
Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass wir Tom Sello, unseren Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, als Redner gewinnen konnten. Er war Oppositioneller in der DDR und hat die Friedliche Revolution hautnah miterlebt und mit initiiert. Sein Blick zurück zum 17. Juni 1953 wird sicherlich beeinflusst sein von diesen Erfahrungen mit der DDR-Diktatur.

Vielen Dank, Herr Sello, dass Sie heute zu uns sprechen. Ich darf Ihnen nun das Wort erteilen.

Ansprache

Die Erinnerung lebendig halten

Tom Sello, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



Sehr geehrter Herr Präsident, Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Vertreterinnen und Vertreter des Berliner Senats, meine Damen und Herren!

Heute jährt sich der Tag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR zum 68. Mal. Das bietet uns Gelegenheit, zurückzublicken sowie Ausblicke zu wagen. Lassen Sie uns zunächst auf den Tag selbst und seine Folgen schauen und im Anschluss darüber nachdenken, was der Volksaufstand und sein Erbe für uns heute bedeuten.

Der Volksaufstand kam nicht aus dem Nichts. Er war eine Folge des gewaltsamen Machterwerbs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, kurz SED. Nur mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht konnte sie die Herrschaft an sich reißen; durch Wahlen war sie nie legitimiert. Im Gegenteil: Die Mehrheit der Bevölkerung, das kann man so feststellen, lehnte bereits vor dem Volksaufstand die kommunistische Diktatur ab.

Im Sommer 1952 beschloss die SED eine deutliche Kursverschärfung ihrer Politik. Zwar kam die Anweisung dazu aus Moskau, doch Pieck, Ulbricht, Honecker und Co. hatten schon länger auf diese Ermächtigung gehofft. Mit großem Eifer gingen sie daran, dem Ziel der kommunistischen Gesellschaftsordnung entgegenzuarbeiten. Die Folgen waren der Ausbau von Stasi und Militärapparat, die Abriegelung der Grenze zur Bundesrepublik, eine Verschärfung des Kirchenkampfes, die Verstaatlichung größerer Privatunternehmen und die Zwangskollektivierung der Bauern. All diese Aktivitäten fasste die SED unter dem Stichwort „verschärfter Klassenkampf“ zusammen, und diesen bekam ein Großteil der Bevölkerung drastisch zu spüren. Selbst wer nur ein wenig gegen die widersinnigen Maßnahmen aufbegehrte, musste mit harten Strafen rechnen. Ein Blick in die Gefängnisse der DDR zeigt, was das konkret bedeutete: Gab es dort im Juli 1952 etwa 37.000 Insassen, so waren es im Mai 1953 bereits über 67.000 – innerhalb eines Jahres hatte sich die Zahl der Inhaftierten fast verdoppelt.

Der Volksaufstand kam nicht aus dem Nichts.

Obwohl im Frühjahr 1953 spürbar wurde, dass eine Politik gegen das eigene Volk die allgegenwärtigen Probleme nur vertiefte, ließ die SED in



17. Juni 1953: Streikende auf dem Weg zum Potsdamer Platz

ihren Klassenkampf-Bemühungen keineswegs nach – Kritik daran galt als feindlicher Akt. Selbstkritik war ausgeschlossen. Denn: Nach ihrem eigenen Verständnis konnte die SED nicht irren. Stattdessen verfügte sie zahlreiche Preiserhöhungen, strich Lebensmittelmarken, kürzte Sozialleistungen und erhöhte die Arbeitsnormen. Wenn sich die Dinge nicht in die gewünschte Richtung entwickelten, mussten sie eben erzwungen werden.

Doch nach Stalins Tod im März 1953 läuteten die sowjetischen Kommunisten einen Kurswechsel ein. Moskaus neue Machthaber befürchteten, die DDR könne an der Politik des „verschärften Klassenkampfes“ zerbrechen. So wurde die SED zu einem folgenreichen Kurswechsel veranlasst. Die Parteiführung gestand öffentlich gravierende Fehler ein. Zugleich aber verweigerte sie jegliche Konsequenzen. Sofort geriet das Land in Aufruhr. Als dann auch noch betont wurde, dass die Normerhöhungen ihre Richtigkeit hätten, brachte dies das Fass zum Überlaufen. Bereits am 16. Juni 1953 waren in Ost-Berlin – ausgehend

von den Baustellen an der Stalinallee – zehntausend Menschen auf der Straße, forderten zunächst mehr Lohn, sehr bald auch freie Wahlen, die Freilassung politischer Gefangener, die Zulassung demokratischer Parteien, ein Ende des SED-Regimes und die Einheit Deutschlands. Die plötzlich ausbrechenden Proteste lähmten die Partei, was wiederum vielen Menschen Mut machte und sie beflügelte. Als der 17. Juni 1953 heraufdämmerte, war die Stimmung unter den Arbeitern zunächst entspannt, nahezu heiter.

Meine Damen und Herren, Sie kennen vermutlich die Bilder der Hennigsdorfer Stahlarbeiter, die durch West-Berlin zum DDR-Regierungssitz im Haus der Ministerien zogen, stolz, mit erhobenem Kopf und offenem Blick, sicher, dass die verhassten Machthaber bald verschwunden sein würden. „Sie werden es nicht wagen, auf uns zu schießen“, war zu hören. Doch das war ein Irrtum. Denn in der Nacht zuvor war in Moskau beschlossen worden, jegliches Aufbegehren mit allen Mitteln niederzuschlagen. Um 13.00 Uhr wurde der Ausnahmezustand über Ost-Berlin verhängt, sowjetische Truppen gingen mit brutaler Entschlossenheit gegen die die Demonstrierenden vor, in den Straßen



Marsch der Hennigsdorfer Stahlarbeiter nach Ost-Berlin am 17. Juni 1953



Befehl zur Erklärung des Ausnahmezustandes im Juni 1953

fuhren Panzer, es gab standrechtliche Erschießungen und unzählige Verhaftungen. Noch am selben Tag brach der Massenaufstand in der Hauptstadt der DDR zusammen. Was sich in Berlin abspielte, geschah gleichzeitig in weit mehr als 700 Orten der DDR. Mehr als eine Million Bürgerinnen und Bürger gingen auf die Straße und forderten ein Ende des SED-Systems. Und wie in Ost-Berlin verhinderte das Eingreifen der sowjetischen Truppen eine erfolgreiche Revolution.

Nach der Niederschlagung des Aufstands zeigte sich, dass die SED-Führung an einer Analyse der Ursachen nicht interessiert war. Schnell war die Legende vom „Tag X“ geboren, von einem faschistischen Putsch, der von West-Berlin, der Bundesrepublik und ihren Verbündeten inszeniert und vorange-

trieben worden sei. Zwar gab selbst die Staatssicherheit intern mehrfach zu Protokoll, dass es dafür keinerlei Beweise gab, doch spielte das für die propagandistische Verdammung des Volksaufstandes keine Rolle. So sollte es bis 1989 bleiben.

Eine Auseinandersetzung mit den eigentlichen Ursachen und Problemen blieb aus. Das Regime reagierte stattdessen mit brutaler Härte. Im Zusammenhang mit dem Aufstand wurden bis zu 15.000 Personen inhaftiert, von denen durch ostdeutsche Gerichte und sowjetische Militärtribunale etwa 2.300 verurteilt wurden. Verbürgt sind zudem 18 standrechtliche Erschießungen durch sowjetische Armeeinghörige, die am Vormittag des 17. Juni aus Moskau angewiesen wurden und der Abschreckung dienten. Insgesamt forderte der Aufstand nach heutigen Erkenntnissen 55 Todesopfer, 51 Männer und vier Frauen. In Berlin starben mindestens 14 Menschen.

Eine besonders tragische Note hatte der Tod von Werner Senditzky. Er beteiligte sich in keiner Weise an den Auseinandersetzungen, sondern beobachtete die Vorgänge lediglich von einem scheinbar sicheren Garagendach im Westteil der Stadt. Dort erwischte ihn ein Querschläger. Der 17. Juni 1953 war sein 16. Geburtstag.

Der Volksaufstand fand zwar in Ost-Berlin statt. Er hatte aber Dimensionen, die ganz Berlin betrafen. Das gilt besonders für die Rolle des RIAS während des Aufstandes, dessen schnelle und gut recherchierte Informationen vor allem für die Menschen im Osten wichtig waren. Zur Gesamtberliner Dimension des Volksaufstandes gehörte die Abriegelung der innerstädtischen Sektorengrenze und der Übergänge zum Brandenburger Umland durch die Rote Armee sowie die Unterbindung jeglichen Verkehrs. Wie schon zu Zeiten der Luftbrücke war West-Berlin plötzlich eine Insel – und blieb es für etwa drei Wochen. Im Westteil der Stadt arbeiteten jedoch 30.000 Ostdeutsche, die nun vor großen Problemen standen. Es spielten sich absurde Szenen ab. Menschen durchschwammen den Teltowkanal, um an ihren Arbeitsplatz zu gelangen; abends schwammen sie wieder zurück. Da der brandenburgische



Die Ost-Berliner Volkspolizei schießt scharf am Potsdamer Platz – Menschen flüchten

Übergang in Staaken geschlossen war, die Heerstraße als Transitstrecke aber weitgehend offenblieb, wanderten täglich Tausende die etwa zwei Kilometer hin und her.

West-Berlin war auch Schauplatz von Racheaktionen. Aus Unmut über die Niederschlagung des Aufstandes wurden SED-Parteibüros im Westteil der Stadt verwüstet, angezündet, mit Kot beschmiert. Bei Siemens stimmten von 1.200 Arbeitern nur vier gegen die Entlassung aller SED-Mitglieder. Es war also keineswegs so, dass der Volksaufstand eine reine Ost-Berliner oder ostdeutsche Angelegenheit war. Und auch die Öffentlichkeit in aller Welt nahm regen Anteil, wie die ausgiebigen Presseberichte zeigen. Am besten brachte es der Publizist Sebastian Haffner auf den Punkt. Er schrieb: „Es geschah genau das, wovon wir behauptet hatten, es sei unter den Bedingungen der modernen totalitären Gewaltherrschaft nicht möglich. Wir waren alle felsenfest davon überzeugt [...], dass eine Bevölkerung, der man Meinungs- und Versammlungsfreiheit vorenthielt, die atomisiert, kontrolliert, systematisch indoktriniert, reglementiert, sorgsam überwacht [...] wurde, unfähig wäre, eine [...] Revolution zu organisieren. Wir haben uns geirrt.“



Mahnmal für die Opfer des Aufstandes vom 17. Juni 1953 in der Berliner Straße

Unmittelbar nach der Niederschlagung des Volksaufstandes wurde sein Gedenken in der westdeutschen Öffentlichkeit fest verankert. Gedenkfeiern wurden abgehalten, am 23. Juni 1953 versammelten sich vor dem Rathaus Schöneberg 125.000 Menschen zu einer Trauerfeier.



Briefmarke anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes

Mahnmale und Gedenkstätten wurden errichtet, in West-Berlin eine Magistrale umbenannt, der 17. Juni zum Tag der deutschen Einheit erklärt. Doch je mehr Zeit verstrich, umso ritualisierter wurde das Gedenken. Für viele Bundesbürger und -bürgerinnen war der 17. Juni ein schöner Anlass für einen Feiertagsausflug. Und bereits 1958 titelte die Süddeutsche Zeitung: „Ein Feiertag sucht seinen Sinn.“ Und nachdem in den sechziger Jahren der Schock des Mauerbaus verdaut war, waren es vor allem in den Westen freigelassene politische Häftlinge, die das Gedenken des 17. Juni wachhielten. Überhaupt: Die westdeutsche Sichtweise auf die DDR als gewaltsame Diktatur verblasste seit den sechziger Jahren. Das lag zum einem an dem sich verändernden Zeitgeist, der linken Politikentwürfen Auftrieb gab, zum anderen an der von Egon Bahr und Willy Brandt entwickelten Neuen Ostpolitik, in der die SED-Diktatur als Verhandlungspartner auf Augenhöhe galt. Zwar wurden politische Häftlinge freigekauft und Erleichterungen durchgesetzt, aber die von Bonn betriebene innerdeutsche Politik wurde zunehmend blind für die Sorgen und Nöte der DDR-Opposition. Für die Menschenrechte im Osten engagierten sich eher die konservativen Gegner der Bonner Ostpolitik und sonst nur wenige Einzelpersonen aus allen politischen Lagern.

Während also im Westen die Erinnerung an die Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 wie auch die Wahrnehmung der DDR als gewaltsame Diktatur immer mehr in den Hintergrund geriet, war die Lage in der DDR von Beginn an anders. Für die SED blieb die Erinnerung an den Volksaufstand bis 1990 eine Gefahr. Mit aller Macht ging sie dagegen vor. War von den Ereignissen überhaupt die Rede,

so galt bis 1989 die Formel vom „faschistischen Putsch“. So habe nicht nur ich es einst gelernt, sondern alle, die in der DDR zur Schule gingen. Für mich als Heranwachsender war die Legende vom faschistischen Putsch, acht Jahre nachdem die meisten Deutschen den Nazis noch zugejubelt hatten, nicht unglaubwürdig. Andere Stimmen bekamen wir nie zu Gehör. Systemkritiker und -kritikerinnen flüchteten oder gingen nach der Haft in den Westen. Den Akteuren und Akteurinnen des 17. Juni, die aus der Haft in die DDR entlassen wurden, hatte man unter Drohungen bedeutet, weder über den Aufstand noch über Vernehmung oder Haft auch nur die leiseste Andeutung fallen zu lassen. Die meisten hielten sich bis zum Mauerfall daran - sogar gegenüber der eigenen Familie - aus Angst vor Repressionen.

Gänzlich verschwunden war die Erinnerung an den 17. Juni gleichwohl nicht. Als die Friedliche Revolution ausbrach, war für die Machthaber das Trauma sofort präsent. Von Erich Mielke, dem Minister für Staats-

sicherheit, ist überliefert, dass er Ende August 1989 seine Generalität fragte, ob es denn so sei, dass morgen ein neuer 17. Juni anstünde. Ganz daneben lag Mielke nicht. Auch wenn die meisten 89er den 17. Juni nicht im Kopf hatten, forderten sie doch dasselbe, das Ende der SED-Herrschaft. Und nicht die Erinnerung an 1953 bereitete ihnen Angst, wohl aber

die Aussicht einer chinesischen Lösung, der Niederschlagung der Proteste durch Militär und Panzer wie auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Einige Wochen später, im Herbst 89, hatte in einem kleinen Dorf im Süden des Landes das Neue Forum und die örtliche Kirche zu einem offenen Gesprächsforum geladen. Ein Stasi-Bericht vermeldet, womit niemand gerechnet hatte: „Zu Beginn wurde eine Gedenkminute für die Opfer von 1953, 1961 und dem 7.10.1989 gehalten, zu der sich alle Anwesenden erhoben.“

Es gab sie also, Verbindungen zwischen 1953 und 1989, doch wenn wir ehrlich sind, waren das wenige Ausnahmen. Was den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 anging, hatten dreieinhalb Jahrzehnte staatlicher Tabuisierung in der DDR ihre Wirkung gezeigt. Es bedurfte der

Für mich als Heranwachsender war die Legende vom faschistischen Putsch (...) nicht unglaubwürdig.

Friedlichen Revolution sowie einige Jahre der Aufklärung und des Wieder-Erinnerns, um die Bezüge erneut mit Leben zu füllen.

Für mich persönlich war das Zusammentreffen mit Heinz Grünhagen, der sich aktiv am Volksaufstand beteiligt hatte, besonders eindrücklich. Es ist mir gerade heute ein Bedürfnis, an ihn zu erinnern – stellvertretend für all jene Frauen und Männer, die im Juni 1953 mutig auf die Straße gingen und die SED-Diktatur herausforderten.

Der zwanzigjährige Heinz Grünhagen war im Sommer 1953 frisch verheiratet, seine Frau schwanger. Er arbeitete auf einer Baustelle in der Nähe von Strausberg und war als Brigadier für die Abrechnung der Normen seiner Leute zuständig. Am Abend des 16. Juni hörte er im Radio, dass seine Berliner Berufskollegen am nächsten Tag zum Regierungssitz ziehen wollten, um dort ihre Forderungen vorzubringen. Dazu gehörten neben der Normsenkung längst auch freie Wahlen. Am folgenden Morgen ließ er sich vor Ort in die Streikleitung wählen. Auf dem Weg nach Berlin sammelten er und seine Kollegen weitere Streikwillige ein, im Zementwerk Rüdersdorf forderten sie die Freilassung



17. Juni 1953: Verbrennen von Propagandamaterial in Berlin-Mitte



Portrait von Heinz Grünhagen

von politischen Gefangenen, die dort unter unmenschlichen Bedingungen schufteten mussten. Berlin erreichten Heinz Grünhagen und seine Mitstreiter nicht, denn inzwischen sicherten bewaffnete Einheiten die Stadtgrenze, sie feuerten Warnschüsse ab, als sich der Tross näherte. Also machte er kehrt, auf der heimischen Baustelle trennte er sich.

Noch in der Nacht wurde Heinz Grünhagen von der Staatssicherheit zu Hause verhaftet, nach Frankfurt/Oder gebracht und dort verhört. Bereits Ende Juni 1953 fand die Gerichtsverhandlung statt. Die SED wollte schnell mit ihren Gegnern abrechnen. Grünhagen und seine Mitangeklagten hatten

keine Chance. Heinz Grünhagen wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Als er 1956 entlassen wurde, blieb er in der DDR, arbeitete im Straßenbau, jeglicher berufliche Aufstieg wurde ihm verwehrt. Über das Erlebte durfte er bis zum Ende der DDR nicht sprechen. Umso aktiver wurde er danach. Er wollte die Erinnerung an den Volksaufstand wiedererwecken und verankern. Er war hoch engagiert und erstaunlicherweise nicht verbittert.

Der 17. Juni 1953 war ein Aufstand des Volkes für Freiheit und demokratische Rechte. Damals kämpften Menschen um ihre ureigensten

Rechte, die ihnen vom kommunistischen Regime vorenthalten wurden. Sie wollten nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein selbstbestimmtes Leben. Dafür hatten Demokratiebewegungen schon oft gekämpft: für das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf politische Teilhabe, das Recht auf freie Wahlen. Das Streben nach Freiheit und Demokratie war das Leitmotiv der Beteiligten des Volksaufstandes, und das war es auch, was uns 1989 auf die Straßen brachte.

Dieser Zusammenhang wurde mir erst nach dem Mauerfall richtig deutlich, als ich Menschen wie Heinz Grünhagen kennenlernte, die sich schon früh gegen die SED-Diktatur gestellt hatten. In den fünfziger Jahren, in den sechziger Jahren: Es gab immer Menschen, die gegen Diktatur und Unterdrückung aufbegehrten, auch in Zeiten des offenen Terrors, in denen ihr Kampf zunächst aussichtslos war und einen hohen Preis forderte. Und ich lernte, wie vielfältig die Wege in den Widerspruch waren, wie wichtig jede einzelne dieser Lebensgeschichten ist und wie wichtig diese Widerstandserzählungen für uns alle sind.

Ich muss das klar betonen: Erst die Aufarbeitung der SED-Diktatur ab den Neunzigerjahren mit der Erschließung von bis dato unzugäng-



Stasi-Akten in der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit

lichen Quellenbeständen hat mir und vielen anderen Ostdeutschen umfassende, neue Erkenntnisse über die SED-Herrschaft vermittelt. Ich habe jedenfalls in den zehn Jahren nach der Friedlichen Revolution mehr über die DDR gelernt als in 30 Jahren eigenen Erlebens. Besonders wichtig war der 50. Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni im Jahr 2003. Damals ist es erstmals gelungen, mit zahlreichen Publikationen und in einer Vielzahl von Veranstaltungen ein realistisches Bild vom Volksaufstand zu zeichnen und in der Öffentlichkeit zu verankern. Solche Gedenk-Formate – ich erinnere an den 20., 25. und 30. Jahrestag von Friedlicher Revolution und Mauerfall – können eine große Wirkung entfalten.

Wie kann es gelingen, junge Generationen zu erreichen und das Erinnern für unsere Freiheitswerte nutzbar zu machen? Genau darum muss es in Zukunft gehen. Besonders wichtig ist, dass weiterhin Zeitzeugen des SED-Unrechts zu Wort kommen. Ihnen sind wir verpflichtet. Ihre Stimmen sind besonders überzeugend. Denn sie kämpften unter den Bedingungen der Diktatur für Freiheit und Menschenrechte. Ihr Antrieb ist bis heute von ungebrochener Aktualität. Ihre Zahl wird immer geringer. Doch es reicht nicht, ihre Geschichten aufzuzeichnen. Es existiert ja bereits eine Vielzahl historischer Zeitzeugenberichte. Leider stehen diese meist nur für eine einmalige Nutzung mit beschränkter Verbreitung zur Verfügung. Denn die Einwilligungen der Zeitzeugen werden von den Interviewern so formuliert, dass aus Gründen des missverständlichen Datenschutzes und der Urheberrechte weitere Nutzungen ausgeschlossen sind. Hier muss dringend eine brauchbare Strategie

entwickelt werden, damit diese Stimmen nicht verloren gehen. Das gilt besonders dort, wo öffentliche Mittel im Spiel sind.

Wir müssen aber auch stärker auf die Vermittlung unserer Freiheitsgeschichte an nachwachsende Generationen setzen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Beschäftigung mit der SED-



Gedenkstein für die Opfer des 17. Juni in Friedrichshain/Kreuzberg



Ehemaliges DDR-Polizeifängnis in der Keibelstraße, Berlin

Diktatur im Bildungsbereich gegenwärtig nachlässt. Das hat Folgen bis in die Politik hinein. Ein aktuelles Beispiel: Ich war überrascht, wie wenig die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus aus Anlass ihrer 40-jährigen Jubiläumsfeier ihre Wurzeln in der Ost-Berliner Oppositionsbewegung zu würdigen wussten. Das aber nur am Rande.

Meine Damen und Herren, die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur in den Schulen und Hochschulen muss deutlich verstärkt werden, wenn wir unsere Demokratie festigen wollen. Zwar ist die DDR in den schulischen Lehrplänen verankert, doch wir alle wissen, dass sie aus den unterschiedlichsten Gründen oftmals eben doch nicht im Unterricht behandelt wird. Und ein Blick in die Vorlesungsverzeichnisse der Berliner Universitäten ist schlicht deprimierend: Es gibt kaum noch Angebote, die sich mit der SED-Diktatur, ihren Hintergründen und Folgen auseinandersetzen. Das ist besonders erschütternd, wenn ich an die Humboldt-Universität denke, die bis 1989 aktiv an der Legitimierung der SED-Herrschaft beteiligt war. Diese Vernachlässigungen werden in einigen Jahren verheerende Auswirkungen haben. Denn an den Universitäten werden nicht zuletzt Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet. Wenn die im Rahmen ihrer eigenen Ausbildung nicht die Chance be-

kommen, sich mit der DDR zu befassen, dann können sie es später nicht an ihre Schülerinnen und Schüler weitergeben – das Thema droht zu verschwinden.

Meine Damen und Herren, das Berliner Abgeordnetenhaus ist auch für die Berliner Bildungspolitik zuständig. Ich appelliere dringend an Sie, sich dieses Problems anzunehmen und geeignete Lösungen herbeizuführen. Ein weiterer Weg, die Erinnerung an die SED-Diktatur und ihre Überwindung in Berlin lebendig zu gestalten, liegt in der Entwicklung und Pflege authentischer Erinnerungsorte. Zwei liegen mir besonders am Herzen: der Campus für Demokratie auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Lichtenberg und das Gefängnis im Innenhof des früheren Präsidiums der Volkspolizei in der Keibelstraße. Der Campus für Demokratie ist meines Erachtens bestens geeignet, die verschiedenen Facetten von Herrschaft und Widerstand in der DDR höchst nachvollziehbar zu illustrieren. Es ist ein Ort zweifacher Repressionsgeschichte als Sitz der Sowjetischen Militäradministration und des Ministeriums für Staatssicherheit. Doch

Eine Revolution fegte 1989 hinweg, was auf Ewigkeiten angelegt schien.

zugleich ist es auch ein Ort der Selbstermächtigung, des Eintretens für Freiheit und Demokratie. Die Besetzung der Stasi-Zentrale im Januar 1990 durch mutige Demonstrantinnen und Demonstranten zeigt das sehr deutlich. Aber auch die spätere

Besetzung des dortigen Archivs, im September 1990, war ein solcher Akt. Denn er trug zur Öffnung der Stasi-Akten für Betroffene, Forschung und Medien bei. Hier passierte, was Sebastian Haffner schon für den Volksaufstand von 1953 festgehalten hatte: „Die Geschehnisse waren undenkbar, und doch geschahen sie.“ Eine Revolution fegte 1989 hinweg, was auf Ewigkeiten angelegt schien.

Nicht hinnehmbar ist es, dass mehr als 30 Jahre nach diesen Ereignissen große Teile des Geländes von städtebaulichem Missstand geprägt sind und noch immer darauf warten, entwickelt zu werden. Ich fordere die Berliner Landespolitik an diesem 17. Juni auf, hier endlich mit dem angemessenen Engagement tätig zu werden und den Campus für Demokratie zu einem lebendigen Erinnerungsort zu entwickeln. Insbesondere das geplante Forum für Opposition und Widerstand wird

dazu einen gewichtigen Beitrag leisten können. Hier will die Robert-Havemann-Gesellschaft die Geschichte des Widerstands gegen die kommunistische Diktatur von 1945 bis 1989 an nachfolgende Generationen vermitteln, und hier soll auch der Volksaufstand von 1953 seinen gebührenden Platz finden.

Meine Damen und Herren, beide, der Campus und das Forum verdienen Ihre volle Unterstützung. Gleiches gilt für den Erinnerungsort in der Keibelstraße. Bis heute fehlt in Berlin ein Ort, der dokumentiert, dass Unterdrückung und Willkür nicht allein von der Staatssicherheit ausgingen. Der SED-Repressionsapparat war viel facettenreicher, und die Volkspolizei gehörte ganz wesentlich dazu. Nicht umsonst machten die Demonstrierenden am 17. Juni 1953 auf ihrem Weg zum Haus der Ministerien einen Schwenk, um genau dieses Gebäude anzulaufen. Sie forderten den Zutritt zum Polizeipräsidium und die Freilassung von Verhafteten. Es wird höchste Zeit, daran angemessen zu erinnern, zumal sich in diesem Gebäude 1961 der Einsatzstab für den Mauerbau versammelte und hier auch 1989 noch Menschen inhaftiert wurden, die sich für Freiheit und Demokratie einsetzten. Die Aufklärung über die SED-Diktatur und deren Ende ist ein kontinuierlicher Prozess. Wer behauptet, es gebe einen Zeitpunkt, an dem genug Aufarbeitung geleistet worden sei, spielt jenen in die Hände, die die Diktatur schönfärben wollen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Erinnerung an die mutigen Männer und Frauen des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 auch in Zukunft wach und lebendig halten. Ihrer gedenken wir heute. Darüber hinaus aber müssen wir einen Schritt weiter gehen: Sichern wir die Erinnerung an diese Menschen, an diesen Tag auch für die Zukunft nachhaltig. So werden wir ihrem Vermächtnis am besten gerecht. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.



Videomitschnitt der Gedenkstunde zum 68. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR

Unter dem abgebildeten QR-Code finden Sie eine Videoaufzeichnung der Gedenkstunde am 17. Juni 2021 mit Gebärdendolmetschung (DGS) und Untertitelung.

Das Bodendenkmal vor dem Sitz des Bundesfinanzministeriums in Berlin

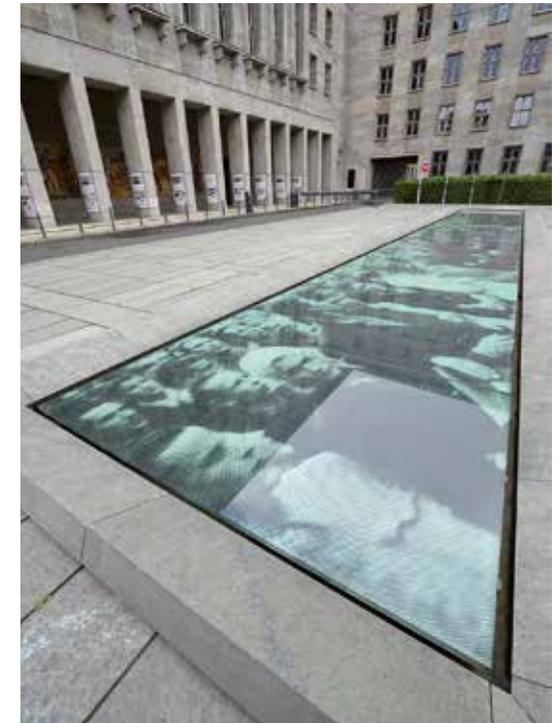
Marika Rosch



Im heutigen Berliner Detlev-Rohwedder-Haus in der Leipziger Straße / Ecke Wilhelmstraße wurde nach der Gründung der DDR das „Haus der Ministerien“ untergebracht. 1953, nur wenige Monate vor dem Volksaufstand, wurde hier in der Pfeilervorhalle der Fries *Aufbau der Republik* von Max Lingner fertiggestellt, welcher ein typisch euphorisches Bild der Arbeiterklasse im Sozialismus darstellt. Er zeigt die neue sozialistische Gesellschaft und „Die Bedeutung des Friedens für die kulturelle Entwicklung der Menschheit und die Notwendigkeit des kämpferischen Einsatzes für ihn“. Genau vor diesem Wandbild, auf dem Vorplatz des „Haus der Ministerien“, versammelten sich am 16. und 17. Juni 1953 tausende Bauarbeiter, Streikende und andere Bürger und Bürgerinnen Berlins, um gegen das SED-Regime zu demonstrieren.

Heute ist das Detlev-Rohwedder-Haus Sitz des Bundesfinanzministeriums und Gedenkort an die Ereignisse im Juni 1953 zugleich.

Der Berliner Künstler Wolfgang Rüppel hat im Juni 2000 auf dem Vorplatz ein Denkmal errichtet, direkt gegenüber vom Fries: Das Denkmal zur Erinnerung an den Aufstand des 17. Juni 1953. Auf einer ca. 24 Meter langen, in den Boden eingelassenen Glasplatte zeigt es die stark vergrößerte Fotografie von friedlich demonstrierenden Menschen während des Volksaufstandes und steht so im Kontrast zum sozialistischen Wandbild: Sozialistisches Wunschenken versus Realität.



Denkmal von Wolfgang Rüppel zur Erinnerung an den Aufstand des 17. Juni 1953



Wandbild „Aufbau der Republik“ von Max Lingner



Zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes erhielt der vorher namenlose Platz vor dem Bundesfinanzministerium den Namen „Platz des Volksaufstandes 1953“



Kranzniederlegung am 17. Juni 2021 zur Erinnerung an die Opfer des Volksaufstandes von 1953 vor dem Bundesfinanzministerium



Quellenverzeichnis:

Bundesministerium der Finanzen Berlin: Das Detlev-Rohwedder-Haus. Spiegel der deutschen Geschichte, 2019, abgerufen am 30. August 2021

Gedenkstätte

Mahnmal auf dem Berliner Urnenfriedhof an der Seestraße

Marika Rosch



Der ursprüngliche Begräbnisplatz der Charité liegt im Berliner Ortsteil Wedding und beherbergt unter anderem das Gemeinschaftsgrab von acht Opfern des Aufstandes vom 17. Juni 1953, die in den Krankenhäusern West-Berlins verstorben sind. Sieben Opfer wurden am 23. Juni 1953 zunächst auf dem Rudolf-Wilde-Platz vor dem Rathaus Schöneberg bei einer Trauerkundgebung aufgebahrt. Ein zusätzlicher, leerer Sarg stand stellvertretend für den am 18. Juni 1953 hingerichteten West-Berliner Willy Göttling, dessen anschließende Überführung nach West-Berlin verweigert wurde.

Der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser und der Regierende Bürgermeister von Berlin Ernst Reuter hielten damals die Trauerreden, denen mehr als 125.000 Menschen beiwohnten. Anschließend wurden die acht Opfer auf dem Urnenfriedhof an der Seestraße beigesetzt. Ihr Grab gilt als zentraler Ort des Gedenkens an die Vorfälle des 17. Junis 1953.



Trauerfeier für die Opfer des Aufstandes vom 17. Juni am 23. Juni 1953



23. Juni 1953: Beisetzung der acht Opfer auf dem Friedhof an der Seestraße



1955 wurde hier ein Mahnmal eingeweiht, das stellvertretend für alle Opfer des Volksaufstandes aus West und Ost steht. Es zeigt einen im Steinblock gefangenen Mann, der versucht, sich aus diesem zu befreien.

Jedes Jahr treffen sich hier die Vertreter/-innen der Politik, der Opferverbände sowie Zeitzeug/-innen zu einer offiziellen Gedenkfeier und Kranzniederlegung.

Steinblockskulptur als Mahnmal für die Opfer des 17. Juni 1953 auf dem Friedhof an der Seestraße



Blumenkränze vor dem Mahnmal auf dem Friedhof an der Seestraße

Quellenverzeichnis:

Stefanie Wahl: Die Reaktion des Westens, BpB, 17.05.2013, <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-aufstand-des-17-juni-1953/154327/die-reaktion-des-westens>, abgerufen am 30.08.2021

Bundesstiftung für Aufarbeitung der SED-Diktatur: Erinnerungsorte an den Volksaufstand am 17. Juni 1953, <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/>

[de/recherche/dossiers/volksaufstand-am-17-juni-1953/erinnerungsorte](https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/recherche/dossiers/volksaufstand-am-17-juni-1953/erinnerungsorte), abgerufen am 30.08.2021

Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern (DGDB): Trauerfeier für die Opfer des 17. Juni 1953 vor dem Rathaus Schöneberg in West-Berlin (23. Juni 1953), https://ghdi.ghi-dc.org/sub_image.cfm?image_id=2556&language=german, abgerufen am 30.08.2021

Impressum

Herausgeber: Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin
Referat Protokoll und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Marika Rosch

Bildnachweis: Titelbild, groß: Bundesregierung, B 145 Bild-00203065 / Foto: Perlia, Richard | Titelbild, klein: Voller Ernst / FOTOFINDER.COM | Seite 4: bpk-BILDAGENTUR, Bild-Nr.: 30004325 / Foto: Wundshammer, Benno | Seite 5: bpk -BILDAGENTUR, Bild-Nr.: 70241318 | Seite 6: bpk -BILD-AGENTUR, Bild-Nr.: 30004305 | Seite 8: Foto: Lars Wiedemann | Seite 10 oben: Bundesregierung, Bild-Nr.: B 145 Bild-00014117 / Foto: Perlia, Richard | Seite 10 unten: Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (03) Nr. 0025746 / Foto: Schütz, Gert | Seite 11: imago images, Bild-Nr.: 122188125 / Foto: Hartig, Roland | Seite 12: Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) | Seite 14: Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (03) Nr. 0025710 / Foto: Schütz, Gert | Seite 15: Friedrich-Ebert-Stiftung, AdsD/FES, Bild-Nr.: 6/FOTB001831 | Seite 16: Bundesarchiv (SAPMO), PlakY 02-1923 | Seite 17: bpk -BILDAGENTUR, Bild-Nr.: 30004316 | Seite 18: imago images, Bild-Nr.: 77858610 / Foto: Ritter, Jürgen | Seite 19: imago images / Schöning Bild-Nr.: 51736812 | Seite 21: Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (03) Nr. 0025716 / Foto: Schütz, Gert | Seite 22: Robert-Havemann-Gesellschaft/ RHG_Fo_HAB_20331 | Seite 23: imago images / snapshot, Bild-Nr.: 97627572 | Seite 24: imago images / Panthermedia, Bild-Nr.: 0087233030 | Seite 25: imago images / epd, Bild-Nr.: 64860520 | Seite 28: Bundesfinanzministerium | Seite 29: imago images / McPHOTO, Bild-Nr.: 59911446 | Seite 30 oben: imago images, Bild-Nr.: 60325359 / Foto: Weber, Michael | Seite 30 unten: imago images, Bild-Nr.: 101769225 / Foto: Contini, Emmanuele | Seite 31: Bundesfinanzministerium | Seite 32: Abgeordnetenhaus von Berlin | Seite 33: Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (03) Nr. 0026671 / Foto: Schütz, Gert | Seite 34 oben: Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (03) Nr. 0026668 / Foto: Schütz, Gert | Seite 34 unten: Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (06) Nr. 0040994 / Foto: Kiel, Willy | Seite 35: Bundesregierung, B 145 Bild-00407052 / Foto: Ricketl, Hans-Joachim

Gestaltung: Goscha Nowak

Herstellung: Spree Druck Berlin GmbH



1. Auflage, 2021, ISBN 978-3-922581-46-8

Bestellungen richten Sie bitte an: Abgeordnetenhaus von Berlin
Referat Protokoll und Öffentlichkeitsarbeit
Niederkirchnerstraße 5 | 10117 Berlin

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Abgeordnetenhauses von Berlin. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder für Wahlwerbezwecke eingesetzt noch von den Parteien oder Fraktionen für die eigene Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden.